

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Staffstr. 34/35 (Sprache: 5-8 Uhr)
Telefon: Amt Vorplatz 18299

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Inseratannahme: Berlin S 14
Staffstr. 34/35 (Telefon: Vorplatz 18299)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 2 mal täglich frei ins Haus 10.- Mfr. für Wohnungserlöse sämtliche Postämter entgegen, Bezugspreis 10.- Mfr. monatlich. Bei Zustellung unter Streifen für Deutschland und Österreich 16.50 Mfr., als Brief 50.- Mfr. für Ausland unter Streifen 21.50 Mfr., als Brief 70.- Mfr.; bei einmaliger Zustellung.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die regelmäßige Paragrafenzeile oder deren Raum mit 4.- Mfr. Familien- und Organisationsangelegenheiten 2.50 Mfr. netto. Kleine Anzeigen: Das fettdruckte Wort 1.50 Mfr., jedes weitere Wort 1.10 Mfr., bei Familien- und Organisationsangelegenheiten das fettdruckte Wort 2 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. netto.

Sowjetrußland rettet die Volkstommiffare.

Horvath-Ungarn zu Verhandlungen bereit.

Moskau, 29. Dezember. (Funknachricht.) Der ungarische Minister des Äußeren Telek hat an den russischen Volkstommiffar für auswärtige Angelegenheiten Tschitschew eine Note gerichtet, in der er dagegen verwahrt einlegt, daß die Kriegsgefangenen ungarischer Offiziere als Geiseln für die ungarischen Volkstommiffare in Rußland zurückgehalten werden, und mittelst, daß die ungarische Regierung bereit sei, Verhandlungen über das Schicksal der in Budapest verurteilten Volkstommiffare anzubahnen, um den Leiden der ungarischen Gefangenen ein Ende zu setzen. Die russische Regierung wird aufgefordert, Zeit, Ort sowie Vertreter für diese Verhandlungen zu bestimmen.

Was die entworfenen Kundgebungen und die papierenen Proteste einzelner Parteilisten und ganzer Organisationen in allen Ländern nicht vernachlässigen: dem Willen der Horvath-Justiz einen Damm zu setzen, der unbeschränkten Fortführung der weißterroristischen Mordbüden Einhalt zu gebieten, ist dem tatkräftigen, aber nicht sentimental am Eingreifen Sowjetrußlands in kurzer Frist gelungen. Während in England, Frankreich und Deutschland von den bürgerlichen und sozialistischen Parteilisten Wohlthatigkeitsvorstellungen veranlaßt und gefährliche Aufrufe erlassen wurden, in denen aber zugleich jeder Terror und jede Gewalttat verdammt wurde, während die Umferdamer Gewerkschaftsinternationale sich schämen der zerschmetterten Durchführungen und leichten Herzens zum Abbruch der Doppeltkommunisten aufwarf, hat Sowjetrußland gehandelt: Kriegsgefangene ungarische Offiziere aus den höchsten Adelsfamilien wurden befreit und eine Note Tschitschew's erklärte, daß das Schicksal dieser Geiseln ruhelos und unerträglich an das Schicksal der verurteilten Volkstommiffare gebunden sei. Das war gewiß ein Akt des revolutionären Terrorismus, den die menschenwürdigen Pflichten, Ledebour und die Apostel der Gewaltlosigkeit verurteilen werden, aber er führte zu dem Ziel, das Blutvergießen durch die ungarischen Mordbüden zu verhindern, das Leben ihrer kommunistischen und sogar auch ihrer sozialdemokratischen Opfer zu retten, — ein Ziel, das die Ledebour und Konjorten, niemals erreichen konnten, indem sie Kundgebungen veranstalteten, aber zugleich das deutsche Handelsabkommen mit Serby-Ungarn im deutschen Reichstag annehmen. Ebenjener Tag wird ein „Auftrag“ hervorragender Männer der europäischen Kulturwelt“ fruchten, den das heutige „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht, und der unter anderem die Unterzeichneten: Senderons, Longuets, Renaudels, Bambergebels, Hüpfmanns, Ebd. Hymmen, Lujars, Schüldings, Einsteins, Mikolais, Garbens, Regiens, Ledebours, Crispiums, Süßerdings, Weißschelds, Bernsteins und Scheidemanns trägt.

Dieser Aufruf sucht die verurteilten Volkstommiffare zu retten, mit dem Hinweis, daß mehrere von ihnen „mit allem ihren Einfluß alle terroristischen Maßnahmen bekämpften“ und an der Regierung nur mitarbeiteten, um einen mächtigen Einfluß auf die linksstehenden Kommunistischen Führer zu nehmen“, d. h. um die ungarische Räuberbande zu sabotieren. Dieser Verrat der sozialdemokratischen Volkstommiffare Räteungarns hat sie nicht von der Verurteilung

zum Tode durch Horvath gehahrt, dessen ungewollte Schritte, macher sie selbst waren. Heute sind es die von ihnen einst offen und bereit bekämpften „terroristischen Maßnahmen“, der Kommunisten, die ihnen das Leben retten, nachdem alle europäischen Proteste ohnmächtig blieben.

Es ist zwar interessant, daß Crispian und Ledebour bereits in die Reihen der bürgerlichen, hervorragenden Männer der europäischen Kulturwelt“ aufgeführt sind, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß sie, die Parteilisten, durch ihr wüßtes Geschimpfe über den Terror der Kommunisten, durch ihren antibolschewistischen Zehndurch ihre Unterführung der Umferdamer Gewerkschaftsbürokratie objektiv Horvath und seinesgleichen in allen Ländern gestützt, in dem weissen Terror gestärkt, den Kampf gegen die Parteilisten der ungarischen Arbeiter gekemmt haben, während die „Mastauer Terroristen“ durch konsequente und entschlossene Anwendung aller Gewaltmittel auch im internationalen Maßstabe zum ersten Male einen wirklichen Hoffnungsschrauß altüber Solbarrität in die Höhe des gequälten, vergezwungenen ungarischen Proletariats senden konnten, zum ersten Male, nicht mit Friedenspalmen, sondern mit der gepanzerten Faust einer revolutionären Staatsgewalt der Konterevolution das schon erprobene Geneserthier aus der Hand geschlagen haben.

Moskau, 2. Januar 1921. (Privattelegramm der „Roten Fahne“ über Stockholm.) Tschitschew fandte eine Note an den ungarischen Außenminister Telek, in der er dessen Verhandlungsvorschlag über das Schicksal der verurteilten Volkstommiffare annimmt. Als Verhandlungsort ist Neval, als Unterhändler ist von russischer Seite Genosse Litwinow in Aussicht genommen.

Der VIII. Sowjetkongreß.

(Privattelegramm der „Roten Fahne“.)

Moskau, 1. Januar 1920.

Der Kongreß hat das Defekt über Provinzwirtschaftsorgane angenommen. Rykow betont in seinem Referat die Wichtigkeit der Planwirtschaft in der Großindustrie, Kohlen- und Metallproduktion. Im Verlauf der weiteren Sitzung wird die teilweise Demokratisierung der Notararchie durch den Sowjetkongreß bewilligt. Bis Mitte Sommer wird die Arme um die Hälfte herabgesetzt werden. Vollständige Demokratisierung wird jedoch von der politisch-militärischen Lage abhängig gemacht.

Diese Maßnahme widerlegt das Gerücht Simons und seiner getauften Verbündeten von der französischen Konterevolution den Rußlands Absichten Polen zu überfallen.

Die Eisenbahnerbewegung.

Dresden, 3. Januar. (Privattelegramm der „Roten Fahne“.) Die hiesigen Eisenbahner haben sich mit 2/3 Mehrheit für den Streik erklärt.

London, 1. Januar. Daily Chronicle schreibt in seinem Leitartikel, Bayern und Ostpreußen seien die zwei Gebiete, wo die deutschen Militärs ihre Kräfte sammeln, um wieder die Führung in Deutschland an sich zu reißen. Die absehbende Faltung der Berliner Regierung in der Entwaffnungsfrage sei weniger auf bösen Willen als auf Furcht zurückzuführen. Die Militären müßten es vermeiden, Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu verringern, aber damit sei nicht gesagt, daß man angesichts der deutschen Armut im Hinblick auf die zukünftigen Zahlungen ein Auge zudrücken solle.

Paris, 2. Januar. In einem Artikel des Zeit Journal heißt es, wenn die Sachverständigen erkennen würden, daß Deutschland sei im Innern nicht genügend verteidigt, dann müßte man ihm eine stärkere Polizei bewilligen. Allerdings dürfe man die Lage nicht so pessimistisch beurteilen, denn tatsächlich sei Deutschland schon jetzt mehr entwaffnet, als es jemals seit dem 30-jährigen Krieg gewesen sei. Dieses ungeheure Reich habe weniger Soldaten und Kanonen als Griechenland und Portugal.

Auf gut Deutsch besagen diese Ausführungen nichts weiter, als einen Wink an die deutsche Bourgeoisie, alles daranzusetzen, um ihren finanziellen Verpflichtungen an die Entente nachzukommen, wofür man dann geneigt wäre, ihre Klüften ungenutzt zu lassen. Die deutsche Bourgeoisie wird diese Wink sicher nicht unbeachtet lassen und wird es schon verstehen, der Entente klar zu machen, daß, je mehr sie, gestützt auf ihre weissen Herden, die Macht in Händen behält, um die deutsche Arbeiterklasse fertig zu machen, je desto eher in der Lage sein wird, aus ihnen den Tribut an den Ententeimperialismus herauszupressen, ein Argument, dem sich die Entente-Bourgeoisie ebenso sicher nicht verschließen wird.

Aufgabe des Proletariats ist es, diesen Kuhhandel um seine eigene Haut beizusetzen zu erkennen, und sich dagegen zu stemmen; zumal das Proletariat in den Ententeländern hat alle Ursache, ein wachsendes Auge auf die Maßnahmen seiner Regierungen zu haben, und ihnen jede Unterstützung zu verweigern, und auch trotz der so blauschieligen gegenteiligen Entwaffnungsabsicht der Entente-regierungen gegen die deutsche Bourgeoisie, stets sich vor Augen zu halten, daß eine Straße der anderen die Augen nicht ausspart.

Die Entwaflnung und der Aufmarsch gegen Sowjetrußland.

Die französische Regierung hat der deutschen Regierung noch unmittelbar vor Jahresende eine Sondernote übergeben, die, wie das nur der Brauch des Kabinetts Fehrenbach geworden ist, noch zurückgehalten wird, bis sie zugleich mit der Antwort der deutschen Regierung erscheinen kann. Diese Art der Behandlung läßt darauf schließen, daß die Note ziemlich starkes Latent ist, und ferner, daß die Regierung Zeit sucht, um hinter den Kulissen allerlei diplomatische Manöver vorzubereiten.

In welcher Richtung diese Manöver zielen, geht klar genug hervor aus der Stimmungsmache der offiziellen Nachrichtenbüros, wonach der Schritt der Militärkommission in England als peinliche Liberalisierung empfunden worden sei und wonach von englischer Seite erwogen werde, die Militärkommission, in der der französische Einfluß vorherrscht, der Vorschaltkonferenz zu unterstellen, in der der englische Einfluß vorwiegt. Die Frage der Entwaflnung Deutschlands soll aus den Händen der Militärkommission genommen und dem Obersten Rate überwiegen werden, der frühstens Ende dieser Woche zusammentreten soll.

Indessen sehen sich die Nachrichtenbüros auch genötigt, eine Aufzählung des „Daily Chronicle“, des Sprachrohr von Lloyd George, wiederzugeben, die besagt, Bayern und Ostpreußen seien die zwei Gebiete, wo die deutschen Militärs ihre Kräfte sammeln, um wieder die Führung in Deutschland an sich zu reißen. Die Militären müßten es vermeiden, Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu verringern, aber damit sei nicht gesagt, daß man angesichts der deutschen Armut im Hinblick auf die zukünftigen Zahlungen ein Auge zudrücken solle. Wenn Deutschland nicht tatsächlich entwaffnet und entmilitarisiert werde, seien künftig weder Zahlungen noch sonst irgend etwas von ihm zu erwarten.

Die Sprache der französischen Noten und der französischen Presse ihrerseits läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Die letzte französische Note zählt alle Punkte auf, die von Deutschland in Spa übernommen und nicht erfüllt worden sind: Die Nichtentwaflnung der Einwohnerviertel, die vertragswidrige Weiterführung der Aufstellungen der Reichswehr, die nicht vollständige Ablieferung der beschlagnahmten Gewehre und sonstigen Waffen, das Weiterbestehen der Sicherheitswehr, die ungenügende Abrüstung der Festungen.

Die französische Presse greift den Tagesbefehl der Reichswehr auf, von dem sie sagt, daß neben dem geschicklichen Schwert nur das trodene Pulver fehle, um an Wilhelm II. zu erinnern. Der Tagesbefehl bemerkt, daß die Reichswehr als Grundlage für ein nationales Heer aufgeführt werde. 100 000 Mann seien ebensovielen Offiziere und Unteroffiziere, die, wenn der Tag gekommen sei, die verschiedensten Polizeiorganisationen, wie die Orgeßch und Orta aufnehmen könnten. Die französische Presse droht wieder einmal mit der Weßung des Ruhrreviers und anderen Repressalien.

Ungeachtet geht in der Entwaffnungsfrage die Zittlative von Frankreich aus. Daraus folgt aber nicht, daß die französische Politik sich in einem ernsthaften Gegenatz zu der englischen befindet.

Der französische Vorstoß steht in der engsten Verbindung mit den Angriffsplänen der Entente gegen Sowjetrußland. Deutschland muß so oder so als Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland geübt sein. Die deutsche Regierung muß verhindert werden, irgendwelche Ersatzlagen aufzuführen. Der Handgriff dazu, um die deutsche Regierung in ein williges Werkzeug der Ententepolitik gegenüber Sowjetrußland zu verwandeln, ist eben die Entwaffnungsfrage.

Die Frage, um die es sich dabei für die deutsche Bourgeoisie dreht, ist die: wird sie als einfacher Landbesitzer der Entente sich ihren Hilfstruppen einfügen, oder wird sie die Rolle eines jüngeren Partners spielen, der für seine Hilfsleistung auf eine greifbare Entschädigung rechnen kann.

Es ist offensichtlich, daß in dieser Frage die deutsche Bourgeoisie gespalten ist. Ihr Kabinetts Fehrenbach und wohl auch in der Mehrheit der Bourgeoisie ist heute die Tendenz fauchlich erkennbar, sich der Entente als Gegen gegen den Bolschewismus anzubieten und natürlich zu einem möglichst guten Preis.

Die bürgerliche Presse hat diesen Strömungen seit Wochen durch ein planmäßiges Lügengeheule über Sowjetrußland vorgearbeitet. Seit Wochen ist die kapitalistische Presse voll von Nachrichten über angebliche Angriffsbahnen Sowjetrußlands zum Frühjahr. Und die Regierung Fehrenbach unterstützt diese Hege, indem sie die stärkere Bewaffnung der ständigen Grenzstellungen verlangt.

Der neue Angriff gegen Sowjetrußland, daß ist also der Hintergrund der Entwaffnungsfrage. Es handelt sich für die deutsche Bourgeoisie dabei am letzten Ende nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. Nehmt die deutsche Bourgeoisie in dieser Frage das entscheidende Wort, so wird die Entschcheidung immer ihre Spitze kehren gegen Sowjetrußland und gegen das deutsche Proletariat.

Es ist klar, daß das deutsche Proletariat eine durchaus selbständige Politik einschlagen muß, selbständig sowohl gegen

Um die Entwaflnung.

Die letzten WSA-Meldungen in der Entwaffnungsfrage enthalten in der Hauptache englische Kommentare zum letzten Notenwechsel. Aus ihnen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die englische Regierung das Bestreben besitzt, bremsend auf das französische Vorgehen einzuwirken, und eine bilatorische Behandlung vorzuziehen geneigt ist.

Herfür spricht folgende Meldung.
Paris, 2. Januar. In einem Sabastelegramm aus London wird festgestellt, daß der französische Vorschlag gegen die englischen Regierung den Letzt der letzten Note über die Entwaflnung mitgeteilt habe. Die englische Regierung erwarte nunmehr noch den Bericht des Nachrichtenbüros. Die Angelegenheit werde jedenfalls zu Beginn der Woche erneut von dem Ministerrat geprüft werden. In englischen diplomatischen Kreisen sei man einmütig erlaunt darüber, daß die Angelegenheit in so kurzer Zeit aufgerollt wurde und daß die Konstantinopolkommision in Deutschland bis zum 23. Dezember erwartet habe, um von der verurteilten Lage Kenntnis zu geben.

Engländerseits faße man sogar ins Auge, zu verlangen, daß die Kontrollkommission unter die Kontrolle des Vorschalters gestellt werde, damit man in Zukunft Hinweise und Anmerkungen lange vor dem Bericht erstatten könnte, wie es jetzt geschieht, sich gewissermaßen am Vorabend der Ereignisse nachträglich zu zeigen. Man vertrete die Meinung, daß die Engländer Zeit haben wollten, die Frage zu studieren und darüber nachzudenken, damit nichts überstürzt werde. Man glaube deshalb, daß die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien und Belgien und des japanischen Vorschalters in Paris nicht vor Ende kommender Woche ins Auge gefaßt werden könne. Die Angelegenheit sei zu ernst, um vor der Vorschaltkonferenz beraten zu werden, sie müsse dem Obersten Rate überwiegen werden.
Ehr beachtend für die eigentlichen Absichten, die hinter den Entwaffnungsforderungen stehen, sind folgende Meldungen:

Bei der kaiserlichen Bourgeoisie, als selbständig gegenüber der Entente, daß es weder für diese noch für jene die Stationen aus dem Feuer holen kann.

Die deutschen Arbeiter wissen, daß die Entwaflnung Deutschlands ein aufgelegter Schwindeln ist, daß die deutsche Konterrevolution stärker militärisch organisiert ist als je zuvor. Sie wissen, daß die deutsche Bourgeoisie ihre Waffen nicht nur bereit hält gegen sie, die deutschen Arbeiter, sondern auch, um sie nach außen gegen die russische Revolution zu wenden.

Die deutschen Arbeiter haben leider verkannt, in den Forderungen die Entwaflnung der deutschen Bourgeoisie durchzuführen, und sie werden das nachgehend haben. Aber wenn irgend etwas sie von der Illusion heilen sollte, als ob die Entente ernsthaft die Entwaflnung der deutschen Bourgeoisie durchführen werde, so ist es die innere Geschichte Deutschlands nach 1918.

Das Ergebnis ist die Entwaflnung der Arbeiterkraft, die stärkere Bewaffnung der Bourgeoisie.

Der Gedanke, der unausgesprochen der Politik der Mehrheitsparlamentarismus und der Unabdingbarkeit zugrunde liegt, die Selbstverpflichtung als die besseren Vertragskontrahenten zur Durchführung des Vertrages von Versailles und zur Durchführung der Entwaflnung, läuft darauf hinaus, die Politik der Herrschenden als Kataster der Entente und als Landbesitzgeber gegen Sowjetrußland zu wiederholen.

Die Entwaflnung der deutschen Bourgeoisie ist eine Lebensnotwendigkeit für die deutschen Arbeiter. Aber indem die Arbeiter sich dafür einsetzen, daß sie durchgeführt wird bis zum letzten Buchstaben, sind sie sich bewußt, daß sie nur durchgeführt werden kann von ihnen selbst, im Kampfe sowohl gegen die deutsche Bourgeoisie als auch gegen die Ententebourgeoisie, im Kampfe zur Verteidigung Sowjetrußlands, im Wunde mit dem Proletariat Englands und Frankreichs.

Die deutschen Arbeiter müssen sich bereit machen, mit den Leuten des deutschen Militarismus aufzukommen. Aber nicht um der schönen Augen der Entente willen und nicht zum besten der Ententemilitarismus. Wenn die deutschen Arbeiter in jeder Phase dieser Krise sich von dem Gedanken leiten lassen: Wie bedeuten wir Sowjetrußland? so werden sie zugleich den einzigen Weg finden, der die deutsche proletarische Revolution vorwärts führt.

Politische Übersicht.

Bethmann Hollweg.

W. T. B. Hohenstein, 2. Januar.

Der frühere Reichkanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg ist in der vergangenen Nacht nach kurzer Krankheit verstorben.

1890 kam Bethmann als Freikonvertierter in den Reichstag. In seiner ersten Rede sprach er sich für die Beibehaltung des Sozialistengesetzes aus. Nach dieser Kraftprobe legte er sein Mandat nieder. Erst als preussischer Minister kommt er wieder ins Parlament. Weil er das Vertrauen des Kaisers genießt, wird er als Wilhelms Nachfolger Reichkanzler.

Die Laufbahn dieses Mannes ist nicht zufällig, sie ist bestimmt durch die Entwicklung, wie sie einmal durch Preußen, dann durch die aufstrebende Großbourgeoisie gegeben war. Nur dieser Widerstand konnte die Politik Bethmanns tragen — und sie stützten.

Was Bethmanns Stellungnahme für den deutschen Imperialismus nicht entschuldigen genügt, so war sie für die deutsche Arbeiterkraft vollständig eindeutig. In den Novembertagen verlangten wir, ihr dieser Mann, der den Laufenden Proletariat auf die Schachtel führt, vor ein Revolutionstribunal gestellt wird. Unser Aufstand in den Forderungen der Mehrheitsparlamentarismus und Unabdingbarkeit und im Untersuchungsausschuß konnte Bethmann erheben Hauptes seine Politik verteidigen.

Bethmann ist tot, aber die anderen Leben noch! Im Krieg konnte Bethmann solange regieren, als es deutsche Waffenfolge waren, die den Krieg beenden sollten. Da waren es die Interessen der Großbourgeoisie, die gestützt durch die Erfolge aus den Kriegsaufgaben, die Politik des Reiches bestimmten. Eine Änderung trat mit den militärischen Rückschlüssen ein. Dieser Sachlage konnte sich Bethmann nicht anpassen. Er betrat wieder die Politik des Beauftragten der Großbourgeoisie Ludendorff, noch die der Demokraten und Mehrheitsparlamentaristen, die den Krieg durch Friedensangebote zu beenden glaubten. Eingeklemmt zwischen diesen beiden Gegenfächern mußte er fallen.

Bethmann-Hollweg ist in Hohenstein gestorben, einem Gut bei Eberswalde, wo auch seine Witwe verweilt hat. Er wurde dort am 29. September 1858 geboren und hat also ein Alter von 64 Jahren erreicht. Die Württemberg für den Lebensgang dieses Mannes entscheidend beeinflusst. Sein Großvater Moritz wurde ein Gutsbesitzer in Eberswalde. Sein Vater Wilhelm I. wurde am 19. März 1831 Reichskanzler und er gehörte bereits jener Richtung im preussischen Konservativismus an, von der aus sein Großvater sich nicht entfernt hat, jene Richtung, die ihren Ausdruck fand in der konservativen Partei, die Theodor v. Bethmann-Hollweg im Jahre 1890 eine kurze Zeit lang auch als Reichskanzler bekleidete. Sein Vater war ein preussischer Geheimrat, und der Lebensgang des späteren Reichkanzlers unterließ sich nicht, von dem eines preussischen Dingenbüreaufratzen. Er besaß das Einkommen aus Guldengrube und lebte dann die Rechte. Die geschwisterliche Tätigkeit als Landrat im Kreis Oberarnim, während welcher er bei Wilhelm II., der mit seinem Elternhause in freundschaftlichen Beziehungen stand, sich großen Beliebtheit erwarb, wurde er Oberpräsident in Potsdam, Regierungspräsident von Preußen und schließlich Oberpräsident von Brandenburg. Im Jahre 1905 preussischer Innenminister, im Jahre 1907 Staatssekretär des Inneren, berief ihn Wilhelm II. am 14. Juli 1909 zum Reichkanzler, zum Präsidenten des preussischen Staatsratshauses und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Der Kaiser klang sich damals von Willem, denn er nicht berufenen konnte, daß er von ihm bei der großen Reichstagsdebatte im Jahre 1908 über das persische Regime nicht völlig überredet worden war. Während der Amtszeit Bethmanns wurde im Jahre 1910 der Versuch einer preussischen Wahlrechtsreform gemacht, der aber am Widerstand der Konservativen und an seiner eigenen Selbstlosigkeit scheiterte. Erst nach dem Zusammenbruch des Reiches im Jahre 1918 wurde er als Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. Er wurde am 14. März 1918 als Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt und am 14. März 1918 als Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. Er wurde am 14. März 1918 als Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt.

zu Fall gebracht wurde. Seitdem war er völlig von der politischen Szene abgetrennt und beschäftigte sich damit, in Hofgesellschaften und Besuchen zu verleben. In einer Lungen-entzündung ist er nach kurzer Krankheit in der Nacht zum 2. Januar gestorben.

Die Presse zum Tode Bethmanns.

Schon die ersten Pressemomente zeigten, daß noch immer dieselbe Einstellung zu den Problemen, die der Weltkrieg aufgeworfen hat, vorhanden ist, wie im Jahre 1917. Während die Nationalisten der Politik des Reiches nicht nachgeben, bedauern die Demokraten nur, daß er kein stärkerer Charakter war. Darin allerdings ist man sich einig, daß dieser Fehler nicht zu spät gekommen ist, um die Spitze des Reiches zu treffen. Das Berliner Tageblatt macht aus Bethmann einen halben Demokraten. Es schreibt:

Der v. Bethmann-Hollweg war unter dem Eindruck der gewaltigen Kriegsvorgänge ein anderer geworden. Er hatte einen Charakter, daß Deutschland mit dem gewaltigen Kriegswesen nicht seine Eroberungen in der Welt machen könne, und so näherte er sich in seiner Politik allmählich dem demokratischen Stande. Aber die Entwicklung der Dinge war seiner eigenen immer ein wenig weiter voraus. Günstig Schloffer nannte ihn einen modernen französischen General und hatte damit wohl nicht unrecht. Er sah, daß Deutschland ein Ziel vor sich hatte, und es nicht aufzugeben würde, wenn es nicht sich innerlich umstellen und rechtzeitig Frieden machen würde. Aber da er nicht seine ganze Persönlichkeit dafür einsetzte, da er sich nicht aufopfern konnte, wegen des „alten“ Gedankes nach innen und außen, die Kabinettspolitik zu stellen und durch eine Frucht in die Weltlichkeit die politisch unsaubere Atmosphäre zu reinigen, war er genötigt, in einem jählich umwälzenden Steinmetze seinen Weg zu ändern, in einem jählich umwälzenden Steinmetze seinen Weg zu ändern, in einem jählich umwälzenden Steinmetze seinen Weg zu ändern.

Der Lokal-Anzeiger schießt sich natürlich zu beschreiben, die Folgen der Reichsrepublik seiner großkapitalistischen Auftraggeber während des Krieges durch folgende Schimpftiraden zu verdeutlichen:

Was hat Reich durch einen eifernden Angler zusammengeschmettert worden, so wurde es jetzt durch die Schwächheit eines Mannes zugrunde gerichtet, der die Macht in den Händen seiner Gegner war, der sich im Innern auch für die selbstverwundliche Pflichterfüllung ungläubig über die Verantwortung abstrahieren ließ, und der vor lauter Begeisterungen und Gemütserschütterungen die richtige Farbe der Entscheidung gerade da am schmerzhaftesten vermissen ließ, wo wir ihrer am dringendsten bedurften. Die parlamentarische Schlingel eines Denkens, auf die er sich so viel zugute tat, war leider nicht mit demjenigen Festigkeit des Charakters gepaart, ohne die ein führender Staatsmann nichts zu leisten vermag. Sowie er aber noch so viel Selbstkenntnis besaß, um wenigstens in dem Augenblick, als die eigenen Würfel gefallen waren, als seine ganze auf Bereinigung mit England gerichtete Politik „wie ein Kartenhaus“ zusammengebrochen war, vom Schauplatz abzutreten und einer stärkeren, einer fähigeren Hand die Fäden des Reiches anzuvertrauen, er hätte sich damit wohl einigermaßen um sein Vaterland verdient gemacht. Statt dessen hielt er es für seine Pflicht, auf dem Posten zu stehen, eine Auffassung, in der er wohl auch durch die Haltung des Reiches und der Parteien, auf die er sich im Reichstag hauptsächlich zu stützen für sich hielt, bestärkt wurde. So blieb er bis zu ihm schicksalhaft bis zu den Tagen, bis er am 1. Januar 1917, die wohl auch er gelangt war, und was ihm das Reichselend, das zum Tode, wenn der Friede erhaltungslos wäre, auch diese Kaiserkränkung wohl noch ein paar Jahre recht gut anzuwenden hätte, das aber unter den draußigen Stämmen des Weltkrieges umsetzen mußte, weil seine positive Führung ganz und gar mit Unfähigkeit gesegnet war. Wenn dessen Willen und bei aller Willkür gesegnet war. Wenn dessen Willen und bei aller Willkür gesegnet war.

Durchaus richtig schreibt die Welt am Montag:

Mit dem Tode Bethmanns war seine politische Rolle ausgespielt. Seine später veröffentlichten Erinnerungen verfluchen nur den Eindruck, daß ihm das Heug zum Staatsmann völlig fehlte. Er schämte sich seine unglückliche Verwaltung, die seinen politischen Willen des Reiches zu zerstören halfen. Die Währungsreform ist ein Beispiel für seine Unfähigkeit. Die Währungsreform ist ein Beispiel für seine Unfähigkeit. Die Währungsreform ist ein Beispiel für seine Unfähigkeit. Die Währungsreform ist ein Beispiel für seine Unfähigkeit.

Die menschenwissenschaftliche Presse zur Jahreswende.

Der „Vorwärts“ setzt seinen Lesern zum Jahreswechsel einen Aufsatz des menschenwissenschaftlichen Reichsausschusses und einen Leitartikel des ehemaligen Reichskanzlers Hermann Müller vor, während die „Freiheit“ einen langen reaktionellen Ertrag mit der Ueberschrift „Vorwärts zu neuen Taten“ bringt.

Dieser man die im programmatischen Ton gehaltenen Ausführungen der beiden Führer sorgfältig durch, so findet man in ihnen eine so auffällige Übereinstimmung in der politischen Leitmotiven, daß man annehmen möchte, sie sind nach vorher erfolgter Verständigung verfaßt worden, und beide Parteien bemühen sich in ihnen, die organisatorische Vereinigung vorzubereiten.

Die „Freiheit“ bringt wiederholt ihre Zustimmung zum Ausdruck, daß der Kampf-Bündnis dem Volks-Russ ein Ende bereitet habe und kann auch die Reichstagswahlen und mit ihnen der Austritt der Reichssozialisten aus der Regierung den unerträglichen Zustand beseitigt hätten, daß eine proletarische Partei ihre vornehmste Aufgabe berufen erhalte, die Geisteskräfte des Kapitalismus und Militarismus zu bezwingen und der sozialrevolutionären Entwicklung ihrer eigenen Klasse als Hemmschuh zu dienen.

Sicherlich gibt also die Freiheit ihre Zustimmung mit der jetzigen Haltung der Reichssozialisten deutlich zu erkennen, leider berät sie nicht, bei welchem Anlaß sie die Entbindung gemacht hat, daß die Sozialpartei jetzt nicht mehr eine Unterstützungspolizei für den Kapitalismus betreibt, und sich auf ihre proletarische Pflicht besinnen habe.

Daß der kommunistische Glaube irrig sei, „eine in militärischer Disziplin vereinte entschlossene Widerpart ist in der Lage, durch Niederlegung der Diktatur nach erfolgter Eroberung der politischen Macht alle Probleme zu lösen und allem Leid ein Ende zu machen“.

Hat die „Freiheit“ bisher der parlamentarischen Demokratie zur Erringung der politischen Macht nur verschämt ihre Subjüngung gebracht, so riskiert sie es jetzt schon ihre Bestimmung offen zur Schau zu tragen, indem sie auf die bevorstehende Landtagswahl hinweist und betont: „... denn in industriell hochentwickelten Ländern bedeutet der Wahlkampf zugleich ein Ringen um die politische Macht.“ Diese Melodie kann sie, wie sie eben angibt, von Silberding auf den Reichstags-Bereitstellung. Damals fiel er mit dieser feinstimmigen Biologie glaublich ab, daß er sie heute wieder offiziell anzuhören mag, beweist einmal, daß es nicht dazu gelernt hat und weiterhin, daß die Schranke zwischen der Silberdingpartei und den Sozialdemokraten nur eine künstliche ist, prinzipiell sind dies die Herrschaft erlangt.

Stein Wort in „Freiheit“-Artikel über die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, keine Einsicht gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik und ebenso geht man freiwildig über die vom Proletariat gegen die Arbeitslosigkeit zu treffenden Maßnahmen hinweg. Schamlos verweigert man alle diese Dinge, wie auch die Bewaffnung des Bürgertums, um nicht mit den, aus der Natur der Sache sich ergebenden Gegenforderungen heranzutreten.

Man wüßte nicht Waslos nach rechts zu erragen, will der bevorstehenden Einigung keine Hindernisse bereiten, man fährt sich wohl im Dampf.

Für den Reichstagskanzler A. D. Müller scheint es keine sozialen Probleme mehr zu geben. Zwar ist auch nach seiner Ansicht die Produktion noch nicht auf die gewünschte Höhe gebracht, doch ist das lediglich darauf zurückzuführen, daß die Arbeitskraft des Einzelnen durch den Krieg geschwächt sei. An Arbeitsmöglichkeit ist seiner Ansicht nach überhaupt kein Mangel: Arbeitslosigkeit, Produktionsstagnation usw. sind für ihn nicht existierende Dinge.

Die Revolution ist beendet, ruft er freudbestäubt aus und erregt seine aufstrebenden Lesern folgende Geschichte:

Anfang 1919 habe er mit einigen ausländischen Journalisten über die Lage in Deutschland gesprochen. Während er die Zustände optimistisch beurteilte, hätten die Ausländer, nachdem sie die Zustände hier beobachtet hatten, gestützt auf ihre in Ausland gemachten Jahreseinsichten Erfahrungen, ihm prophezeit, daß hier die Entwicklung den Verlauf nehmen werde, den sie in Ausland genommen habe.

Hermann Müller triumphiert zu früh. Er wird erleben müssen, daß seine damaligen Beamten dennoch recht behalten.

Geburts Marxstein.

Wenn in der selben Zeiten vor dem Kriege sich wieder einmal, wie alljährlich, ein Parteilager ausgehalten hätte, so würde sich in seiner Impetuosität die Unwissenheit dieses Frick Gebert und vermindert, daß dieser Parteilager ein Mannchen in der Parteilagerführung liegt. Diese Idee Marxsteins veranlaßt die Herr Reichssozialisten aus einer Genossenschaft zum Selbstbehalt. Er hat an die Jahre der glorreichen deutschen Republik einen Erfolg geleistet, der also lautet:

Mit dem Eintritt ins neue Jahr wird auch die Arbeit der deutschen Partei endlich neu geordnet. Was die Arbeit der deutschen Partei angeht, so ist das die deutsche Partei endlich neu geordnet. Was die Arbeit der deutschen Partei angeht, so ist das die deutsche Partei endlich neu geordnet. Was die Arbeit der deutschen Partei angeht, so ist das die deutsche Partei endlich neu geordnet.

Abgesehen von dem guten Deutsch — die Wehrmacht als Marxstein ist ein verdienstliches Bild — hat Frick Gebert den Präsidenten ganz gut getroffen. Möge die Beteiligung Geberts, die in diesem Jahre erfolgen wird, ein Marxstein des siegreichen Aufstiegs der Revolution sein.

Die Bergarbeiter und die Entwaflnung.

Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände haben kürzlich in Berlin Bepredungen mit der Regierung gehabt, an der auch Vertreter der freien, der christlichen und der kirchlichen Zentrumsvereinigungen teilgenommen. Die Bergarbeitervertretung legte dar, daß es durch die Unterwerfung der Bergarbeiter sicher gelungen sei, das Problem des Bergarbeiters zu erfüllen und dadurch den Einmarsch der Ententetruppen zu verhindern. Dafür forderten die gemeinheitsbewußten Arbeiter aber nun, daß die Regierung erkläre, ob wegen der sogenannten Einwohnervorteile eine Besetzung des Ruhrgebietes zu erwarten sei, bzw. was die Regierung gegen diese Gefahr getan habe oder zu tun gedenke. Die Regierungsvertreter, an der Spitze Herr Reichsminister Koch, erklärten, daß nur von Gebetes wegen das Vorgehen im Besitz von Waffen sein dürften. Die Entwaflnungspolitik sei in übermäßigem großen Umfange ohne jedes Wutvergehen durchgeführt, aber die Hoffnung, daß die fortwährenden Verhandlungen und Bemühungen in allen Landesteilen zur vollständigen Entwaflnung der Bevölkerung führen würde, hat sich nicht erfüllt. Die Erklärung der Gewerkschaftsvertretung lasse, dankenswerter Weise um die deutsche Volkswirtschaft und um die Reichseinheit“ erkennen. Die Reichsregierung arbeitet in derselben Richtung und freudig, hierbei auf die Hilfe der Gewerkschaften rechnen zu können. Die Bergarbeiter sollten sich von diesem Gebete nicht darüber hinwegsetzen lassen, daß die Entwaflnung nur völlig einseitig gegen die Arbeiterkraft durchgeführt wird. Eine Entwaflnung der Konterrevolution ist nur möglich durch die Bewaffnung der Arbeiter. Wer das lenkt und von der „allgemeinen Entwaflnung“ redet, der ist entweder ein Narr oder ein Helfershelfer der Konterrevolution.

Ein enlarbter Schwindel.

Die Meldung, daß 17 Ortsgruppen der U. S. P. in Belgien gegründet sind, hat die „Freiheit“ ganz folgerichtig zu Ende gegangen ist, hat die „Freiheit“ auch leicht begrifflichen Gründen nicht gefallt. Sie hat sich, indem sie die Tatsache einfach abgelegt. Diese Lage hat aber sehr feste Weine, denn das Verbrechen der „Freiheit“, der „Vorwärts“, kann jetzt scheitern, sogar geht auf das menschenwissenschaftliche Frankreich, „Vorwärts“, daß der Wehrzeit der 17 Gruppen tatsächlich erfolgt ist. Wir würden der „Freiheit“ empfehlen, mit ihrer ganzen bankrotten Partei dem Beispiel der ergriffen 17 Gruppen zu folgen. Das würde die politische Atmosphäre in Deutschland erheblich verbessern und wäre nicht wenig in Europa. Hat sich doch gegenwärtig auch in Frankreich bei der Spaltung die Gruppe B. G. u. S. P. mit der Gruppe B. G. u. S. P. a. u. S. P. einer Partei zusammengelassen. Die offenen und die verdeckten Feinde der sozialen Revolution gehören zusammen.

Ausland.

Nach dem Ende des Jimnefreitags.

Rom, 1. Januar. Die Jimner Verhandlungen zwischen General Cavaglia und den Vertretern des Jimne haben in den Hauptpunkten zu einer Einigung geführt. In erster Linie wurde der Zeitpunkt der Abreise von Rom und die Entlassung der in Jimne nicht beheimateten Legionäre erörtert. Die Frage der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wurde vornehmlich der Jimner Miliz überlassen. Noch bis zum letzten Augenblicke vor der Unterzeichnung des Abkommens fanden blutige Kämpfe zwischen den königlichen Truppen und den Freischärlern statt. Die Legionäre erwählten selbst nach dem Eintreten der Waffenruhe noch dreimal heftiges Gewehrfeuer auf die Regierungstruppen an der Bocca della Pace und feuerten 20 Kanonenschüsse gegen sie ab.

Durch die überlegene Macht des Ciolittischen Militärapparates ist die restlose Niederlegung des Nationalisten durch die Armee erleidet hätte, wäre es durch den jugoslawischen Imperialismus getan worden, der bereits mehrere Divisionen an der balkanischen Küste angeammelt hatte. Die italienische bürgerliche Presse, von den Vätern des äußeren Nationalismus abgesehen, begrüßt das Ende der Jimner. Der „Avanti“ stellt fest, daß dieser vor nicht allzu langer Zeit ein Telegramm nach Moskau geschickt hätte, in dem er die Sowjet-Regierung seiner Sympathie für die Räteverwaltung versichert und um die Anerkennung seiner eigenen Regierung nachdrücklich. Selbstverständlich wurde dieses Telegramm des konterrevolutionären Bandenführers von der Räteregierung unbeantwortet gelassen.

Gegenwärtig ist die Stadt Jimne nebst Umgebung nach bürgerlichem Staatsrecht auch weiterhin „Freistaat“, der weder zu Italien noch zu Südrußland gehört, aber von italienischen Regierungstruppen besetzt ist. Diese Lage ist auf die Dauer nicht haltbar, neue imperialistische Verwicklungen in der Adriafage sind zu erwarten.

Lenin über die Elektrifizierung Rußlands.

Moskau, 30. Dezember. Lenin äußerte sich über das Elektrifizierungsprogramm Rußlands auf dem 8. russischen Sowjetkongress folgendermaßen: „Der Aufbau der landwirtschaftlichen Produktion, des Transportes und unserer gesamten Wirtschaft ist nur bei planmäßiger Durchführung des Elektrifizierungsprogrammes möglich; man muß die Wirtschaft des Landes, darunter auch den Ackerbau, auf die technische Basis einer großen Produktion stellen. Die Elektrifizierung muß zu so einer Basis werden. Der Plan der Elektrifizierung ist in materieller und finanzieller Hinsicht genau für mehrere Jahre durchdacht. Finanziell wird das Elektrifizierungsprogramm durch die Summe von 1,1 Milliarden Gold bestimmt. Wir können selbstverständlich nicht durch unser Gold diese Summe decken. Auch unser Produktionsfond, welchen wir in Umsatz bringen könnten, ist nicht groß. Deshalb müssen wir unsere Berechnungen über die Elektrifizierung Sowjetrußlands mit Konzeptionen und teilweise mit Folgeport denken.“

Die neue südslawische Regierung.

Sharaf-Kommunistenverfolgung.

Belgrad, 31. Dezember. (Südslawisches Pressebüro) Gesehen nachmittag ist die Neubildung des Kabinetts unter dem Vorwort von Paschitsch erfolgt. Der Minister hat beschlossen, alle kommunistischen Organisationen aufzulösen und die strengsten Maßnahmen gegen die bolschewistische Propaganda zu treffen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, ist an allen Straßenecken Belgards eine von sämtlichen Ministern unterschriebene Bekanntmachung erschienen, die anordnet:

„Zur Lösung der Verfassungsfrage durch die Konstituante wird jede kommunistische und andere destruktive Propaganda verboten, ihre Organisationen aufgelöst, ihre Versammlungen verboten, alle Erscheinungen ihrer Blätter sowie anderer Schriften verboten. Hinzu zum Generalkriegsplan sollen gleichzeitige Bestrebungen sein. Die Anzeigepflicht für Waffen und sonstige Explosivstoffe wird eingeführt.“

Briefe aus Sowjetrußland.

Von Max Barthel.
Volltauva.

Wir kommen abends um acht Uhr an. Der Bahnhof ist wiederum überfüllt mit Soldaten und Arbeitern. Militär, Fahnen, und Begrüßung. Der Vorhänger der Sowjet ist ein Gattiger, hoch und rötliches Haar. Ein alter Revolutionär. Manuilsch sagt, daß er einer ihrer besten Arbeiter sei. In der Umgebung von Volltauva treibt sich Wladimir herum. Vor einigen Tagen war die Stadt alarmiert, denn er stand nur 20 Werst von ihr entfernt. Die Genossen glauben schon, wir seien von Wladimir überfallen, weil unter Zug so spät ankam. Ein Vertreter der Wladimirer Arbeiter begrüßte uns auf deutsch. In allen Neben immer nur das eine: Genossen, heißt uns.

Vor dem Bahnhof Versammlung.
Neben in Volltauva. Genossen, es kam schon einmal ein Zug an, auf diesen Bahnhof und in diesen Zug saßen deutsche Soldaten und ein Hauptmann kommandierte sie und sie sprachen zu euch mit Rollen und Mahnungen und sie erboben euch an transportablen Galgen. Sie haben sich mit Blut bedeckt. Blut kann nur durch Blut abgemahnen werden. Die deutschen Arbeiter waschen mit ihrem Blut die Schmach der Kriegszeit ab. Die Waffen und die Tapferkeit sind in diesem Kampfe gefallen. Unerschütterlich haben die deutschen Arbeiter getrachtet. Aber wer viel opfert, wird viel gewinnen.
Jetzt ist die Fabrik in Deutschland noch schwarz-gold. Wir werden das Gold mit unserem Blut auslösen. Wir werden solange kämpfen, bis wir die Fabrik hochheben, die auch ihr erboben hat: Die Fabrik der Räteverwaltung!

Nach dieser Versammlung führen wir durch breite Straßen in die behagliche grüne Stadt. Kojalen auf wilden Pferden rasten an unserer Seite. Wir führen zum Palast der Kinder. Die eiserne Diktatur und die patriarchale Liebe für die hermannswälder Generation. Der Palast der Kinder ist ein großes und schönes Haus mit hellen Räumen. Diese Räume sind ausgefüllt mit fröhlichen Wandgemälden, kindlich und heiter. Blumen und Tiere, Landschaft und Märchen. Wir gingen

Während der Legung der Konstituante ist jede Kundgebung bestritten und aufreißerischen Charakter in Belgard verboten. Verbotsfristige Kundgebungen werden aus dem Reichreich ausgemessen. Alle Staatsbeamten, welche sich an kommunistischer Propaganda beteiligen, werden einlassen. Den kommunistischen Unterstuflehrern werden die Staatspfeifen entzogen. Die Vertreter dieser Anordnung werden dem Militärgerichte übergeben und strengstens bestraft.

In einer weiteren Bekanntmachung begründet der Minister sein Verbot, die den Erlassen des Moskauer in Deutschland an Brutalität und Schamlosigkeit nichts nachgibt, damit, daß die Behörden in letzter Zeit vielfach aus zuverlässigen Quellen in Kenntnis gesetzt worden sei, daß zersetzende und revolutionäre Elemente eine bewaffnete Auflehnung gegen den Staat, seine Organisation und die gesellschaftliche Ordnung nach Art des russischen Bolschewismus vorbereiten.“

Es war nach dem Ergebnis der jugoslawischen Parlamenten wählen, die unseren kommunistischen Genossen einen enormen Erfolg brachten und sie als dritte Partei mit 53 Abgeordneten in die Stupfische einzeln stellen, zu erwarten, daß die Bourgeoisie nunmehr mit dem Abbau ihrer eigenen demokratisch-parlamentarischen Hilfsmittel des Weisens Terrorerzucht nehmen würde, um sich gegenüber den ererbten Massen der Kleinbauern und Arbeiter behaupten zu können. Wie in den Nachbarstaaten Bulgarien und Italien schreitet auch in Südrußland die revolutionäre Zuspitzung der Klassengegnerschaft mit jedem Tage fort.

Seizmittel in Sowjetrußland unentgeltlich.

Moskau, 31. Dezember.
(Moska, Wien.)

Durch eine Verordnung des Rates der Volkskommissare werden ab dem 1. Januar 1921 sämtliche Arbeiter, Sowjetfunktionäre, Parteifunktionäre, Journalisten und die Seizmittelhersteller unentgeltlich. Von diesen Seizmittelgruppen sind auch die unentgeltliche Benutzung der Post, des Telegraphen und des Telephons eingeführt.

Im verlästerten und verbeimtelten Lande des „Bolschewismus“ werden die Wertigkeiten unentgeltlich mit Brennstoffen beliefert — in der deutschen Stinnesrepublik sind die arbeitenden und arbeitslosen Arbeiter mit ihren Familien der Winterkälte ausgesetzt, weil sie die Bedürfnisse für Hausbrand nicht bezahlen können. Was sagt die „Freiheit“, was sagt Wilhelm Dittmann, was sagen alle menschenfeindlichen Beschimpfer Sowjetrußlands dazu?

Kurze Auslandsnachrichten.

Sowjetrußlands Bevölkerungszahl. Moskau, 30. Dez. Die Volkszählung in Sowjetrußland ergab einschließlich der verbündeten Sowjetrepubliken eine Bevölkerungsziffer von 133 Millionen.

Die englische Arbeitslosigkeit. London, 2. Januar. Die Regierung hat die Pflicht, die Zahl der Arbeitslosen in den industriellen Werken Englands einzuschränken, um dadurch zu ermöglichen, daß mehr Arbeitslose eingestellt werden. — Es wird dem Unternehmern und seiner Regierung in England, ferner auch in Deutschland, gelingen, das Elend der Arbeitslosen durch Umwandlung von Arbeitslosigkeit in Kurzarbeit zu mildern.

Polen verpachtet das Telephonwesen. L. U. Krakau, 1. Januar. Nach einer Meldung der „Gazetta Wiezomna“ soll die polnische Regierung den Vertrag über Verpachtung des Telephonwesens über 25 Jahre bereits abgeschlossen haben. Die Verpachtung umfaßt nicht das ganze Telephonwesen Polens, sondern nur das der größten Städte, wie Krakau, Lemberg, Lodz usw. Die Verpachtung der Staatsfunklinie, zu dem das Post- und Telephonwesen bei einem normalen Apparat gehört, ist ein Zeichen für den Grad des Wirtschaftsverfalls im dürftigen Polen.

Die Zerlegung der Wrangeltruppen. London, 1. Januar. Wie dem Daily Chronicle aus Athen berichtet wird, ist die Lage der auf Gallipoli befindlichen 24 000 Mann zählenden Truppen Wrangels ernst. Sie leiden unter Typhus und Hunger. Man befürchtet, daß sie meutern oder sich nach Kleinasien begeben und den Kemalisten anfallen.

Vor der amerikanischen Friedenserklärung. Paris, 1. Januar. Nach einer Meldung des „Paris“ wird nach einer Ankündigung des Senats ein Antrag in der Senatssitzung der Zerlegung des Kongresses folgen werde, ein Antrag eingebracht werden, der dem Kriegszustand mit Deutschland ein Ende bereite und eine Grundlage für eine Gemeinschaft der Völker biete.

Cherchers Erben in Argentinien. London, 1. Januar. Daily Chronicle veröffentlicht eine Drahtmeldung aus Buenos Aires vom 30. Dezember, wonach in Argentinien neue Erben stattgefunden haben. 7000 Personen wurden getötet oder verhandelt. Der Sachschaden ist bedeutend.

durch dieses Haus, begleitet von der laufenden Kinderdar. Wir sahen die Arbeiterarme und da waren entzündete keine Bilder und Papierarbeiten. Wir sahen die Arbeitseule und das Naturaleinbleib, die Wollstoffe und die zoologische Sammlung, die Linnäus und den großen Spielplatz. In diesem Haus sind einige hundert Kinder von Poltauvaer Arbeitern. Wir hörten ukrainische Lieder und sahen himmlische Tänze.
Dann führen wir zum Theater. Manuilsch, der Volkskommissar für Agrarwesen, stellte uns vor. Er hielt eine große Rede über Serrat und Lesebe, über Humbert-Drog, dem früheren Parzer, der jetzt auf die Seite der Revolution übergegangen ist. Er stellte vor, wie einer, der tödliche Dinge zu zeigen hat. Und unter diesen war auch ich.

Vor dem Theater noch eine Versammlung. Kühle, sternende Nacht. Zuerst ein Kordon Soldaten und dann die viele Mauer der Menschen abgeteilt durch einen Kordon Kojalen.

Rebe in der Nacht.
Im Krieg vor Deutschland der Ort der Reaktion. Wenn die Deutschen marschieren, da brannten die Städte und da dampfte die Welt von vergossenen Blut. Berlin war der große Generalstab der Reaktion und da wurden die Rebe gesponnen, um die Freiheit zu erschaffen.

Wenn die deutschen Arbeiter jetzt marschieren, so marschieren sie, um sich die Freiheit zu erkämpfen. Ein neuer Generalstab hat sich gebildet, die breite Internationale in Moskau, die wieder ein Netz spannt um die ganze Welt, um die Feinde des Proletariats, die Bourgeoisie zu binden und zu zermalmen.

In der tiefen Nacht führt durch die schlafende Stadt, die an Loskama erinnert. Rasende Kojalen auf unbändigen Pferden, die an Autos überrollen. Galopp der Pferde, dampfende Räder, Kolbenstöße, Funken, kalter Wind und unglücklich lärmende Sterne. Kolbenstöße der Freiheit, Wollstoff und Schwerkraft. Im Vordergrund liegen die Bauern und die Soldaten auf der nackten Erde und sind wie graue Erde. Abstieg und Fahrt in die Nacht. Gewissigler der armen Kinder von Poltauva, im Ohr schwerer Schlaf. Eine ich einschläft, denke ich an einen Spruch, den ich im Palast der Kinder las:
Die Freiheit und die Bildung gehören zusammen wie das Feuer und die Luft. Eins kann nicht bestehen ohne das andere.

Der russisch-finnische Friede in Kraft getreten.

Helsingfors, 2. Januar. Die Ratifikationsdokumente zwischen Finnland und Rußland wurden am Mittwoch in Moskau ausgetauscht, sodas der Friede zwischen Finnland und Rußland am Mittwoch, den 29. Dezember, in Kraft getreten ist.

Wirtschaftliche Übersicht.

Unternehmerfabotage in England.

Die Weltwirtschaftskrise führt wie bei uns, so auch in England zu Störungen der Industrie. Die Preise für Baumwolle sind, weil es an Wolle mangelt, um mehr als das Doppelte gestiegen. Die Unternehmer, besonders in der Textilindustrie, halten es unter diesen Umständen für vorteilhafter, ihre Betriebe stillzulegen und Tausende von Arbeitern aus der Fabrik zu werfen in der Hoffnung, daß der auf diese Weise künstlich erzeugte Mangel die Preise wieder in die Höhe schrauben werde. Der „Yorkshire Observer“ vom 18. Dezember berichtet, daß in Leeds eine Verformung der Textilarbeiter stattgefunden hat, die sich mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Möglichkeit ihrer Bindung durch die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland beschäftigt. In dieser Verformung teilte der Sekretär der Schneidergewerkschaft P. Johnson mit, daß die englischen Textilindustriellen alles tun, um die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland zu verhindern. Sie widerlegen sich der Lösung der Industrie, um die Stagnation ihres Gewerbes noch zu verschärfen. Es ist ihnen darum zu tun, am Ende des Jahres unter Hinweis auf die Geschäftshaltung eine neue auch noch schärfere Beschränkung ihrer Profile nachweisen zu können, um sich so der Begehung der Sondergewinnsteuer zu entziehen.

Der „Yorkshire Observer“, dem die Enthaltungen Johnsons sehr peinlich sind, hat sich bereit, sich ein Dokument zu verschaffen, das sich einleuchtend, daß niemand seiner Ansicht über die Maßnahmen der Unternehmer geben kann, als ein Unternehmer, die sie selbst betreiben. Der „Yorkshire Observer“ hatte deshalb nichts anderes zu tun, als einen „Ansatzer“ zu einem der größten Fabrikanten von Leeds zu schicken, der bereitwillig befragt hat, daß die Feststellung Johnsons den Tatsachen nicht entsprechen. Die Verdrückung eines Dinges, das er nicht gestehen habe, wird niemand von seiner Unschuld überzeugen. Ob das Beispiel der deutschen Unternehmer, die mit der Produktionsfabotage mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen wollen, nämlich die Unterzeichnung von Steuern, die Vermehrung der industriellen Reservearmee und die Erzeugung höherer Preise, notwendig ist, wie die englischen Unternehmer zur Nachahmung zu zeigen, sei dahingestellt. Sicher ist jedenfalls, daß die deutschen Unternehmer in ähnlicher Lage sind wie die englischen und daß sie es vorziehen, Not und Elend zu steuern, als von ihrem Profit etwas zu opfern. Es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß die englischen Kapitalisten in der gleichen Lage nicht auch die gleichen Methoden der Profitmaximierung anzuwenden.

Gewerkschaftliches.

Ein Antrag auf den Achtstundentag.

Man schreibt uns: Der Arbeitgeberverband im Versicherungsgewerbe, eine Unternehmerrgruppe, die von jeder zu den brutalsten Ausbeutern zählte, verdrückt einen Antrag auf den Achtstundentag. Ende Dezember begannen die Verhandlungen über den am Jahresende abzulaufenden Tarifvertrag zwischen Arbeitgeber und Angestelltenorganisationen unter Führung des Zentralverbandes der Angestellten. Die beschiedenen Verbesserungen, die die Angestellten-Organisationen anstrebten, wurden von den Unternehmern, die unter Führung des beschriebenen Schutzmachers aus der Metallindustrie, die unter Führung, runderweg, angeführt. Seit dessen Joten sei ein Moukrun von Tarifvertrag an, das eine Reihe von Versicherungen einleitet, wie Herabsetzung des „Arbeits“, Fortführung der Gehaltsabhängigkeit im Krankheitsfällen, und vor allem Herabsetzung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich. Außerdem sollen die weiblichen Angestellten nur 85 Prozent der Gehälter der männlichen Kollegen erhalten, während die Bezahlung jetzt gleich ist. Auch nach beibehaltung der Annahme dieser Beschläge wollten die Unternehmer die neuen Gehaltsliste bekräftigen. Die Verhandlungen wurden nach kurzem Verlauf ergebnislos abgebrochen, und die Angestellten-Organisationen trafen das Arbeitsministerium an.

Eine klägliche Rolle spielt dabei der sogenannte „Achtstundentag“, der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten. Begründet im Frühjahr 1920 von einigen verdrückten, nach Polen übertrugen gewerkschaftlichen Agitatoren, der er bisher nur dazu beigetragen, die Einigungsganggehen in garabau freierweise Wege zu greiffen. Anstatt sich den Kampfmaßnahmen der übrigen Verbände, die in Verweigerung der Haus- und Nacharbeit und Sperrung der Betriebe besteht, anzuschließen, verdrückt er den Versicherungsangestellten auf juristischem Gebiet bezugkommen und spielt dabei nur die Rolle eines verächtlichen Streikbrechers.

Wenn die Versicherungsangestellten die unterschämten Angriffe ihrer Ausbeuter abwehren und sich vor der billigen Verleumdung schützen wollen, so müssen sie sich Zug an ihre einzige Kampforganisation, den Zentralverband der Angestellten, annehmen und einem Verein der Mäcker fern, der ein ausgeprägt angefallenenfeindliches Verhalten an den Tag legt.

Von Volltauva ist noch zu sagen, daß diese Stadt 140 000 Einwohner hat und die kommunistische Partei 2000 Mitglieder und die Jugend 300. Es ist noch zu sagen, daß vor morgens sieben Uhr dreitausend Menschen am Bahnhof auf uns warteten und daß am Abend um acht Uhr immer noch 2000 dahinstanden.

Wir fahren durch die Felder und saßen Bauer bei der Arbeit, die pflügen mit vier bis sechs Ochsen. Dieses Land und diese Erde schreit nach Dampfmaschinen. In jeder Brücke stehen rote Soldaten und bewachen sie. Untertags der Normand, einer Station, die wie ein Gefängnis aussieht, treffen wir Panzerzüge und ein internationales Regiment, das an die Front geht. An der Station hängen zwei Bilder. Links Genscheffenko, der große ukrainische Revolutionär und Dichter und rechts von ihm Karl Marx. Die Soldaten auf der Station sind gelumpert und fast alle geben karhu. Alle tragen Waffen und viele haben den Revolver blank im Gürtel.
Nicht ist der Führer der ukrainischen Kommunisten, ein prachtvoller lauffähiger Typ, blaue Augen, hohe Stirn, weißes Haupt und Barthaar und seit vierzig Jahren in der revolutionären Bewegung. Wir sprechen über lokale Dichtung und da sagt er, daß auch sie im Kaukasus über bis fünf Arbeiterblätter haben und daß — ähnlich wie in Deutschland — die jungen Intellektuellen mit dem Kommunismus sympathisieren.

Franz von Desfregger hat immer noch gelebt. Man erzählt es dadurch, daß er am 2. Januar 1848, 88-jährig, seine Bilder, deren billige und schlechte Kopien jahrzehntlang zum eigenen Behalt jedes kleinbürgerlichen Haushaltes gehörten, zeigen die bekannten, harmlos-kehligen Motive aus dem sogenannten Tiroler Volksleben. „Gäiter werden — dank dem Gegenstand — die Szenen aus den Tiroler Freiheitskämpfen. Formel blieb Desfregger in einer heute vorfindlich anmutenden Schöne reden; ganz Menschenkenntnis der maltriciösen Einbildung sind purlos an ihm vorübergegangen. Der Bienenstich aus dem Inneren brachte mich die Farbe und naive Künstlerische Exhilaration seiner Feimit mit aber nach der Verdrückung aus dieser Feimit in die Stadt vedtor er die besten Wurzeln seiner Kraft. Das Schlagwort vom Salonkolortikum kenneigentlich treffend seine Feimathum aus zweiter Hand.

